L-1-073-2

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Daniel Köbler (KV Mainz)

Titel: **L-1-073-2: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 73 bis 76:

Der Erfolg der klimaneutralen Transformation ist auch eine sozialpolitische Aufgabe. Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist bereits heute die größte Herausforderung für die Wirtschaft im Land. Um dem zu begegnen muss Arbeit auch fair gestaltet und entlohnt werden. Wir setzen uns für eine spürbare Erhöhung des Mindestlohns ein, damit sich die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Jobs im Niedriglohnbereich lohnt.
~~Der Erfolg der klimaneutralen Transformation ist auch eine sozialpolitische Aufgabe.~~ Dem Ende von Geschäftszweigen, die ausschließlich auf fossilen Energien beruhen, steht ein enormes Wachstum von Arbeitsplätzen in grünen Technologien

Von Zeile 87 bis 96:

Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist essenziell für eine erfolgreiche sozial-ökologische Marktwirtschaft, daher ~~unterstützen~~wollen wir die Tarifbindung in allen Branchen stärken. Um Lücken zu schließen, wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären~~. Die Transformation muss auch außerhalb der Unternehmen sozial gerecht gestaltet werden. Das im Koalitionsvertrag der~~

~~Bundesregierung vereinbarte Klimageld ist hier das zentrale Instrument. Finanzielle Belastungen müssen vor allem für Menschen ausgeglichen werden, die nicht viel Geld zur Verfügung haben. Wir setzen uns für eine schnelle Auszahlung des Klimageldes ein. Die Transformation ist ohne sozialen Ausgleich in ihrer Akzeptanz gefährdet~~.
Als Land müssen wir hier mit gutem Beispiel vorangehen. Rheinland-Pfalz setzt sich seit Jahren im Rahmen des Landestariftreuegesetzes für Tariftreue und Mindestentgelte bei öffentlichen Aufträgen ein. Wir müssen nun aber das Landestariftreuegesetz mit sozialen und ökologischen Aspekten fortentwickeln und die Förderung von Auszubildenden, die Beschäftigungsförderung im Rahmen der Diversity und Nachhaltigkeitsaspekte aufnehmen. Wir GRÜNE wollen Aufträge und Vergaben des Landes auch an die Einhaltung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen knüpfen. Auch die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen muss dringend verbindlicher geregelt sowie konsequent kontrolliert und sanktioniert werden.
Die Transformation muss auch außerhalb der Unternehmen sozial gerecht gestaltet werden. Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Klimageld ist hier das zentrale Instrument. Finanzielle Belastungen müssen vor allem für Menschen ausgeglichen werden, die nicht viel Geld zur Verfügung haben. Wir setzen uns für eine schnelle Auszahlung des Klimageldes ein. Die Transformation ist ohne sozialen Ausgleich in ihrer Akzeptanz gefährdet.

Begründung
In der Debatte um den Mindestlohn und die Tarifbindung sollten wir uns klar positionieren und als Land Rheinland-Pfalz mit gutem Beispiel vorangehen. Damit stärken wir im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte auch den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.